

Ausgabe 03/2016



Interessierte Bürgerinnen und Bürger können den Newsletter im Wahlkreisbüro von Svenja Stadler (siehe Impressum) zum regelmäßigen Bezug per E-Mail bestellen.

Bürgersprechstunde

Für den vertraulichen Austausch mit Menschen aus dem Wahlkreis bietet Svenja Stadler die Bürgersprechstunde im Winseener Wahlkreisbüro, Marktstraße 34, an. Die nächste ist am Mittwoch, 9. März, von 15 bis 17 Uhr. Telefonische Anmeldung unter (0 41 71) 6 92 90 90.

Ein Solidarprojekt für alle

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

seit der letzten Ausgabe sind erneut zwei abwechslungsreiche Wochen vergangen: in den USA wird ein Präsidentschaftskandidat Donald Trump immer wahrscheinlicher, Leonardo DiCaprio hat endlich seinen Oscar und Uli Hoeneß wurde aus dem Gefängnis entlassen.

Doch lässt ein Thema und seine Auswirkungen uns alle zu Recht nicht los: Der Umgang mit den zu uns flüchtenden Menschen und die sich daraus entwickelnden gesellschaftlichen Debatten und Auseinandersetzungen. Mit der AfD haben wir eine Partei, die sich vor unseren Augen scheinbar unaufhaltsam radikalisiert. Dem müssen wir uns mit aller Kraft entgegenstellen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Ausgaben des Staates in Ausgaben „für Flüchtlinge“ und „für Deutsche“ eingeteilt werden. Was wir brauchen ist eine gerechtere Verteilung des Reichtums und Wohlstandes in unserer Gesellschaft und keine Verteilungskämpfe zwischen sozial schwachen

Gruppen: Ein soziales Investitionsprogramm für ALLE Menschen in Deutschland. Mehr Geld für sozialen Wohnungsbau, für Kitas, Bildung und für die Pflege.

Das kostet Geld, aber das Geld ist da: Erst im Januar konnte Finanzminister Schäuble einen Haushaltsüberschuss von über 12 Milliarden Euro vermelden. Unserem Land geht es wirtschaftlich so gut wie nie zuvor.

Die Forderung der SPD nach einem Solidarprojekt und höheren Investitionen ist deshalb weder unrealistisch und verschwenderisch, noch bedeutet sie eine Abkehr von unserer Willkommenskultur. Sie ist schlichtweg die richtige Forderung zur richtigen Zeit. Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen, sondern halten wir zusammen. Damit alle Menschen, die in Deutschland leben, ein gutes Leben haben.

Ihre

Was ist eigentlich – ein Internationaler Handelsgerichtshof?

Der Begriff des Internationalen Handelsgerichtshofs tauchte in den letzten Wochen verstärkt im Rahmen der Diskussionen um TTIP und CETA, den geplanten Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada, auf. Dieses Handels- und Investitionsgericht soll die bisher vorgesehenen Schiedsgerichte ersetzen. Letztere waren in Kritik geraten, da angenommen wurde, dass zukünftig

Staaten durch Investoren in Milliardenhöhe verklagt und öffentliche Gerichte umgangen werden könnten. Im Gegensatz zu den privat getragenen, nicht-öffentlichen, von wenigen spezialisierten Anwälten gebildeten Schiedsgerichten wäre ein von den beteiligten Staaten geschaffener öffentlich-rechtlicher Handelsgerichtshof demokratisch legitimiert, es käme zu keinem Souveränitätsverlust

der Staaten. Auch soll es eine zweite Instanz geben, die Parteien erlauben würde gegen Urteile Einspruch zu erheben. Durch diese und andere Änderungen würde mehr Transparenz und Sicherheit sowohl für Staaten, als auch für Unternehmen gewährleistet werden, denn letztere wären weiterhin vor willkürlicher und diskriminierender Behandlung durch einzelne Staaten geschützt.

„Wir werten den Pflegeberuf auf“

Gemeinsam mit Bundestagskollegin Petra Crone, demografiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, besuchte Svenja Stadler jetzt den Ambulanten Hauspflegedienst (AHD) in Jesteburg und das „Haus am Steinberg“ des DRK in Hanstedt. Sowohl die Besuche als auch die anschließende öffentliche Informationsveranstaltung in Hanstedt standen unter dem Motto „Pflege im ländlichen Raum“. In der Diskussion über die anstehende Reform der Pflegeausbildung kam von Seiten der Pflegedienstleitungen heftige Kritik an der damit einhergehen-

den Generalisierung der Pflegeberufe auf.

„Ich freue mich, dass mit Petra Crone eine echte Expertin im Bereich der Pflege die beiden Pflegeeinrichtungen mit mir besucht hat“, sagte Stadler. Crone, die außerdem stellvertretende Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist: „Die Besuche sind eine gute Möglichkeit für die Einrichtungen,

sich vorzustellen, ihr Pflegekonzept darzulegen und ihre Anliegen und Vorschläge mit uns Politikern zu besprechen.“ In den Gesprächen mit den jeweiligen Geschäftsführern, Ole Bernatzki (AHD) und Roger Grewe (DRK), und den Pflegedienstleitungen war man sich einig, dass Pflegeberufe enorm wichtig sind – insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. „Der Beruf wird durch das Pflegebe-



Stadler und Crone im „Haus am Steinberg“ mit (v.l.): Manfred Lohr (SPD Hanstedt), Roger Grewe vom DRK und Markus Beecken (AG Gesundheitswesen der Landkreis-SPD).

rufsgesetz aufgewertet - auch finanziell“, so Crone. Das Gesetz reagiere auf die sich wandelnden Aufgaben einer immer älter werdenden Gesellschaft und ziele darauf ab, hochqualifizierte Pfleger für alle Altersgruppen auszubilden. „Durch die neue Pflegeausbildung werden die Pflegefachkräfte dazu befähigt, die pflegerische Versorgung von Menschen über alle Altersgrenzen hinweg in allen Versorgungsformen in weiterhin hoher Qualität sicherzustellen“, resümierte Crone.



Petra Crone (2. v. l.) mit Svenja Stadler beim AHD mit (v. l.) Geschäftsführer Ole Bernatzki, Heike Lund (SPD Jesteburg) und Andrea Wunder (AHD).

„Wie wollen wir in Zukunft leben?“

„Wie wollen wir in Zukunft leben?“, fragt die SPD-Bundestagsfraktion am Donnerstag, **10. März 2016, um 18 Uhr in Marschacht**. Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Svenja Stadler wird Bernhard Daldrup, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, im Marschachter Hof (Elbuferstraße 113) über die Rahmenbedingungen nachhaltiger Kommunalpolitik sprechen. „Ausschlaggebend ist uns vor allem der Dialog mit den Gästen“, betont Stadler. „Wir wollen darüber diskutieren, wie die öffentliche Daseinsvorsorge in den Gemeinden auch zukünftig gewährleistet werden kann.“

Ein funktionierender öffentlicher Personennahverkehr, hochwertige Gesundheitsversorgung sowie gute Bildungs- und Kultureinrichtungen dürfen nicht vom jeweiligen Wohnort abhängen, unterstreichen Daldrup und Stadler. „Um gleichwertige Lebensverhältnisse garantieren zu können, müssen wir daran arbeiten, regionale Benachteiligungen abzubauen.“ Das Projekt #Neuer Zusam-



Bernhard Daldrup, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

menhalt der SPD-Bundestagsfraktion hat daher zum Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern aufgerufen.

„Die Fragestellung der Projektgruppe ist auf die Unterstützung und die Erfahrung der Menschen vor Ort angewiesen“, sagt Svenja Stadler, die stellvertretende Projektleiterin ist. „Deshalb machen wir als SPD-Fraktion diese Dialogangebote.“ Auf die Ideen und Verbesserungsvorschläge derer, die betroffen sind in den Landkreisen und Kommunen, wolle man grundsätzlich zurückgreifen. „Ich freue mich auf viele Gäste und interessante Anregungen“, so die Abgeordnete.

Schutz gegen sexualisierten Missbrauch

Sexualisierter Missbrauch von Kindern und Jugendlichen ist weiter verbreitet als gemeinhin angenommen. Er beginnt bei beiläufigen Anzüglichkeiten, der alltäglichen „Anmache“, geht über unerwünschte Annäherungen, Diskriminierungen im Internet bis hin zu erzwungenen sexuellen Handlungen. Umso wichtiger ist es, Wege zu finden, potenzielle Betroffene vor Tätern zu schützen. Vor allem an Schulen, dem gemeinsamen Umfeld der Kinder, ist es daher wichtig, Missbrauch zu erkennen und aktiv vorzubeugen.

In der Arbeitsgruppe für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Fraktion stellte deshalb der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, kürzlich das Schutzkonzept zum Schutz vor sexualisierter Gewalt in Schulen vor. Unter dem Motto „Kein Raum für Missbrauch“ werden dabei zwei Ziele verfolgt: Schulen zu Orten machen, an denen Schülerinnen und Schüler nicht zu Opfern werden und an denen betroffenen Kindern und Jugendlichen geholfen wird. Grundlage des Schutzkonzeptes ist

zunächst eine Risikoanalyse, in deren Rahmen festgestellt werden sollte, an welchen Stellen Schüler der erhöhten Gefahr von Missbrauch ausgesetzt sind (etwa beim Umziehen vor/nach dem Sportunterricht). Anschließend sollten Maßnahmen zur Verbesserung aufgedeckter Schwachstellen in den Institutionen getroffen werden, möglichst unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen. Damit einhergehen sollte eine Potentialanalyse, bei der ersichtlich wird, welche präventiven Maßnahmen bereits bestehen.

Weitere wichtige Aspekte sind ein Leitbild, also die Sichtbarmachung der Entscheidung, sexualisierten Missbrauch aktiv vorzubeugen (z.B. auf der Website der Schule), ein Interventionsplan, der im Fall eines sexualisierten Missbrauchs sofort greifen kann, Kooperation mit Fachberatungsstellen und qualifizierten schulberatenden Diensten, die Nutzung der Personalverantwortung (etwa durch die geforderte Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses), Fortbildungen für Lehrerinnen und

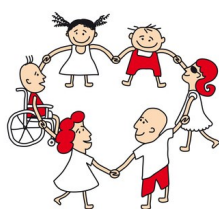


„Kein Raum für Missbrauch“ - Unter diesem Motto steht das Konzept zum Schutz vor sexualisierter Gewalt an Schulen. Bild: [Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs](#)

Lehrer und andere Beschäftigte, ein gemeinsam erarbeiteter verpflichtender Verhaltenskodex sowie die Möglichkeit der Partizipation und Präventionsangebote für Schüler und Eltern. Mithilfe der Infomappe „Schulen gegen sexuelle Gewalt“, die ab Beginn des nächsten Schuljahres allen Schulen zur Verfügung gestellt werden kann, sollen Schulen bei der Entwicklung eines Schutzkonzeptes unterstützt werden. Alle weiteren Informationen gibt es [hier](#)

Gefordert: Eine konsequente inklusive Lösung

Für die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen ist die Sozialhilfe zuständig, während Kinder und Jugendliche ohne Behinderung (also mit erzieherischem Bedarf oder (drohender) seelischer Behinderung) Leistungen von der Kinder- und Jugendhilfe erhalten. Diese Aufteilung der Zuständigkeiten führt in der Praxis zu erheblichen Problemen: Zuständigkeitsstreitigkeiten, ein vergrößerter Verwaltungsaufwand und vor allem Schwierigkeiten bei der Hilfestellung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung. Deshalb fordert eine Petition mit mittlerweile



mehr als 1.500 Unterstützern die einheitliche Betreuung aller Kinder und Jugendlichen durch die Kinder- und Jugendhilfe einhergehend mit dem Leitbild der Inklusion: Kinder mit Behinderung sollen in erster Linie als Kinder betrachtet werden.

Auch andere Argumente sprechen für eine Zusammenfassung der Verantwortung in der Kinder- und Jugendhilfe: Die Schwierigkeit zwischen seelischen und geistigen Be-

hinderungen sowie zwischen behinderungs- und erziehungsbedingten Auffälligkeiten zu unterscheiden, die Klärung des zuständigen Trägers bei Mehrfachbehinderungen, strukturelle Barrieren, die die inklusive Bildung und Förderung der Kinder oftmals verhindern.

Die offenen Fragen dieser „Großen Lösung“, die einen Wechsel von rund 158.000 Leistungsempfänger bedeutet, werden aktuell durch das Bundesfamilienministerium geprüft. Damit kein Kind durch unklare Zuständigkeiten auf Ansprüche verzichten muss und Kinder an erster Stelle einfach Kinder sind.

Betriebsräte diskutierten in Berlin



Svenja Stadler mit den Betriebsräten (v. l.) Aenne Bernau, Markus Beecken und Frauke Bai.

Zur Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion begrüßte Svenja Stadler unter den rund 350 Gästen jetzt in Berlin auch Vertreter aus ihrem Wahlkreis: Frauke Bai aus Sevetal, Betriebsratsvorsitzende der Hamburger Bürgerschaftskanzlei, Aenne Bernau, Betriebsrat bei Randstad, und Markus Beecken, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Kran-

kenhäuser Buchholz und Winsen. Zum Thema „Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen beenden – Arbeit der Zukunft gestalten“ diskutierte die SPD mit ihren Gästen aus ganz Deutschland über die Zukunft der Arbeit.

Die betrieblichen Interessenvertreter machten dabei deutlich, dass eine gesetzliche Regelung zur Eindäm-

mung des Missbrauchs von Werkverträgen und Leiharbeit überfällig sei. „Die SPD-Fraktion sucht im Rahmen dieses Projektes gemeinsam mit Fachleuten, Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern nach Lösungen für die Herausforderungen von morgen“, sagt Svenja Stadler. „Ich freue mich, dass Betriebsräte aus unserer Region auf der Konferenz dabei waren und sich einbringen konnten.“

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, legten auf der Konferenz das Ziel der SPD dar, gute Arbeit zukunftsfest zu machen. Dass die Union nun die fest zugesagte Ressorteinleitung des Gesetzesentwurfs blockiere, sei unverantwortlich, erklärte Nahles. IG-Metall-Chef Jörg Hofmann unterstrich ebenfalls, dass es wichtig sei, Dumpingstrategien auf dem Rücken der Beschäftigten endlich zu unterbinden. Er forderte sichere, gerechtere und selbstbestimmtere Arbeit – gerade im Hinblick auf die Digitalisierung der Arbeit.

Aufgeschnappt

2014 gaben 14 % der erwerbstätigen Frauen an, für ihren Job überqualifiziert zu sein. Unter Männern waren es lediglich 10 %, die sich als beruflich überqualifiziert einstufen.

Mitteilung des Statistischen Bundesamtes anlässlich des internationalen Frauentages am 8. März

Impressum

Svenja Stadler, MdB
Marktstraße 34
21423 Winsen
Tel.: (0 41 71) 6 92 90 90
Fax: (0 41 71) 6 92 90 99
Email: svenja.stadler@bundestag.de



Redaktion

Berliner Büro:
M. Delius/
A. Knobloch-Minlend
Wahlkreisbüro:
F. Augustin/A. Wolter-Deibele/
L. Ritz

Notfallzentrum und Schlaflabor

Knapp einen Monat vor der offiziellen Einweihung des Notfall- und Diagnostikzentrum am Krankenhaus Winsen gewährte man Svenja Stadler jetzt im Rahmen eines informellen Besuchs einen ersten Einblick. Krankenhaus-Geschäftsführer Norbert Böttcher, Pflegedienstleitung Brigitte Klinger, der stellvertretende Verwaltungschef Christian Ponocny und der Ärztliche Direktor Dr. Heiner Austrup (v. l.) zeigten der Abgeordneten bei einem Rundgang die neuen Räumlichkeiten, in denen alles auf eine breite medizinische ambulante Erstversorgung ausgelegt ist.



Einen weiteren Blick durfte die Bundespolitikerin in das Schlaflabor werfen, wo ihr von der Internistin Katrin Unverwerth erklärt wurde, wie dort Patienten während des Schlafs auf durch Schnarchen verursachte Atemaussetzer untersucht werden.